

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Gamelnnummer: 25 241.  
Nur für Nachdruck: 20 011.

**Lebeck** KAKAO, SCHOKOLADE  
MARKE DREIRING  
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:  
Markenstraße 38-42  
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugsgebühr: vom 1. bis 15. 1. 23 bei täglich zweimaliger Zustellung von Haus 1,50 Mark. Anzeigenpreise: Für Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: der 1. Spalt, 30 mm bre. 20 A., ausser 25 A. Familienanzeigen u. Stellenanzeigen 20 A. Zweitspalt 10 A. dritter Spalt 7 A. viertel 5 A. fünftel 3 A. sechstel 2 A. Siebentel 1 A. achttel 1 A. Neuntel 1 A. Zehntel 1 A. Einzelexemplar 10 A. ausser 200 A. Offertenblätter 10 A. ausser 20 A. für die ersten 20 A. Vorauszahlung. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unerlangte Sendungen werden nicht aufbewahrt.

Anerkannt gute preiswerte **Weine und Küche** **Limbäcker** Fernsprecher 13777  
Johann-Georgen-Allee 8

## Die Große Koalition endgültig begraben!

Der sozialdemokratische Beschluß. — Ablehnung der Großen Koalition mit großer Mehrheit.  
Der Reichsverband des Handwerks gegen das Preisabbau-Bezieh. — Drohender Abbruch der Beziehungen zwischen Washington und Mexiko.

**„Die Volkspartei ist daran schuld.“**

Berlin, 12. Januar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gab nach ihrer heutigen Sitzung folgendes Kommuniqué aus:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition Forderungen aufgestellt, deren Durchführung durch die Zunahme der Not nur noch dringender geworden ist. Sie hat durch einen Beschluß vom 16. Dezember feststellen müssen, daß infolge mangelnden Entgegenkommens der Deutschen Volkspartei in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen des Abg. Koch kein Erfolg beschienen war.

Sie hat daher in den Formulierungen, die für als Ergebnis der geführten Verhandlungen vorgeschrieben wurden, eine genaue Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken können. Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß Gründe für eine Aenderung ihrer Haltung nicht vorliegen.

Es besteht kein Anzeichen dafür, daß die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs aufzugeben gewillt ist. Die Volkspartei hat daher auch an den bisherigen Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition einen ernstlichen Willen zur Zusammenarbeit nicht erkennen lassen. Es war insbesondere die Deutsche Volkspartei, die der sozialdemokratischen Forderung über den Rücktritt des Justizministers verweigerte, die sich im sozialpolitischen Anschluß gegen die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenfürsorge erklärte und in der Frage der jetzt zum öffentlichen Skandal gewordenen Fürstenabfindung die sozialdemokratischen Forderungen zurückwies.

Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition keine Grundlage besteht.

Diese Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion ist, was ausdrücklich festzustellen ist, mit großer Mehrheit zustande gekommen. Die Ablehnung, die die Sozialdemokraten hiermit dem Vorschlag des Zentrums und der Demokraten gegeben hat, ist ein zweites Mal ein Schritt für die Deutlichkeit im Zentrum, die immer wieder der Sozialdemokratie nachließen. Aus der Ablehnung ergibt sich nun aber sowohl für das Zentrum als auch für die Demokraten die

Notwendigkeit, einer Regierung der Mitte unter Führung des bisherigen Reichsministers Dr. Luther nicht noch länger die Wege zu verbauen. Dr. Luther dürfte nun, wenn nicht schon morgen, so doch spätestens am Donnerstag, mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt werden.

Was den angeblichen Rechtskurs der Deutschen Volkspartei betrifft, so man man sagen, daß sich die Sozialdemokraten hier einem recht veralteten Irrtum hingaben. Leider hat gerade in der jüngsten Zeit wieder ein sehr unliebbarer Konflikt zwischen der Volkspartei auf der einen Seite und dem deutschnationalen Abgeordneten Eugen Berg auf der anderen Seite eingeleitet, bei dem vor allem auch der volksparteiliche Reichstagsfraktionsführer Dr. Scholz mit einer Schärfe den eigenen Standpunkt der Volkspartei und ihre völlige Unabhängigkeit von den Deutschnationalen betont hat. Wenn die Sozialdemokraten trotzdem heute noch von einem angeblichen „Rechtskurs“ der Volkspartei sprechen, so läßt das nur darauf schließen, daß sie anscheinend die Presse der letzten Tage nicht sonderlich aufmerksam verfolgt haben, sonst müßten sie gesehen haben, daß Dr. Scholz den Eugen Bergischen Vorschlag an die Deutsche Volkspartei, unter Leitung ihres Führers Stresemann in der Deutschnationalen Volkspartei anzuschließen, mit schärfer Zurückweisung beantwortete. In dieser Angelegenheit Eugen Berg (D. Sp.) hat sich auch eine der Deutschen Volkspartei sehr nahe stehende Korrespondenz mit der kritischen Erklärung vernommen lassen, daß die Wege der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auseinandergehen.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hielt eine kurze Sitzung ab, in der festgestellt wurde, daß die Fraktion an ihren bisherigen Beschlüssen in der Frage der Regierungsabfindung festhält und keinen Anlaß zu einer neuen Stellungnahme sieht. Die Sitzung wurde dann auf Mittwoch nachmittags vertagt.

Die demokratische Reichstagsfraktion nahm den Bericht des Fraktionsvorsitzenden Koch über seinen Besuch beim Reichspräsidenten entgegen und beschäftigte sich dann mit der Frage der Fürstenabfindung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — Auch die Sitzung der Zentrumskfraktion war nur von kurzer Dauer. Man beschäftigte sich mit den laufenden Angelegenheiten, u. a. mit den Anträgen zur Hochwasserkatastrophe. — Die deutschnationalen Reichstagsfraktion erledigte ebenfalls nur die laufenden Angelegenheiten.

**Die Krise der deutschen Luftfahrt.**

Die vom Reichsluftamt in den Weihnachtstagen verfaßte Einstellung des gesamten deutschen Luftverkehrs für drei Monate ist ein auch nach außen hin sichtbares Zeichen der Schwierigkeiten, unter denen sich die recht geheimnisvolle Umwälzung in der Organisation des deutschen Luftverkehrs vollzieht, und die leider ernste Beforgnisse um die weitere Entwicklung der deutschen Luftfahrt rechtfertigen. Die Gefahr wird dadurch erhöht, daß im Augenblick in Paris Verhandlungen von entscheidender Bedeutung für unsere Luftfahrt geführt werden, daß aber die Aufmerksamkeit aller im deutschen Luftwesen führenden Kreise viel zu sehr von der Austragung der unerwartet scharfen Gegensätze in Bezug auf die einschneidende Umorganisation des deutschen Luftverkehrs in Anspruch genommen wird, als daß sich die gesamte luftpolitische deutsche Stoßkraft auf die kräftigste Durchführung des außenpolitischen Luftkampfes in Paris konzentrieren könnte. Vorum es bei den Verhandlungen in Paris geht, hat der „Londoner Observer“ klar und eindeutig bezichnet, wenn er schreibt: „Zurück zu Versailles ist paradox genug mit Recht der Kriegsruf der deutschen Luftfahrt, denn die auf der Londoner Konferenz anfertigten Beschränkungen in Bezug auf Größe, Trag- und Steigfähigkeit geben dem deutschen Luftfortschritt den Todesstoß, der im Verträge von Versailles offenbar nicht vorgesehen war.“ Um eines unferer geringen Rechte aus dem Versaillesvertrag kämfen wir; denn dieses Diktat verbietet uns lediglich militärische Luftstreitkräfte, während die uns später aufgezwungenen sogenannten Begriffsbestimmungen zur Unterscheidung von zivilen und militärischen Luftfahrzeugen einen willkürlichen Vorkriegs- und eine Ausnahmeregelung gegen Deutschland darstellen. Was ein militärisches Flugzeug ist haben die Alliierten selbst einwandfrei in der nationalen Luftfahrtskonvention vom Oktober 1919 formuliert, deren Artikel 31 sagt: „Jedes Luftfahrzeug, das durch eine zu diesem Zwecke kommandierte Militärperson befehligt wird, wird als militärisches Luftfahrzeug betrachtet.“ Diese Definition kehrt in späteren internationalen Verträgen mehrfach wieder, so daß sie bereits als ein feststehender völkerrechtlicher Begriff anzusehen werden kann. Und um die Anwendung dieses festen Begriffs auf das „gleichberechtigte“ Deutschland kämpft die deutsche Delegation in Paris. Die harten Widerstände, die sich in Frankreich gegen die Entfesselung der deutschen Zivilluftfahrt und in England gegen die Befestigung der zur Spionage im deutschen Flugzeugbau nur zu geeigneten Luftkontrollen bemerkbar machen, zeigen aber, daß wir vorläufig von diesem Ziel noch weit entfernt sind. Beachtenswert dabei ist, daß die Luftkontrolle nicht nur von Militärpersonen, sondern auch von einem Mitgliede der bekannten englischen Firmaickers ausgedehnt worden ist. Wenn nun aus Paris bekannt wird, daß die neben den Verhandlungen der Vorkriegskonferenz einhergehenden deutsch-französischen Besprechungen über den beiderseitigen Luftverkehr einen günstigen Verlauf nehmen, so geht daraus hervor, welchen Wert das Verkehrsflugrecht in Deutschland für den Luftverkehr der Weltstaaten noch dem Osten hat. Die zentrale Lage Deutschlands und die Unmöglichkeit, es in dem großen internationalen Flugverkehr zu meiden, sind aber das einzige — allerdings sehr bedeutsame — Aktivum, das Deutschland in die Waagschale zu werfen hat. Und darum ist die offizielle deutsche Erklärung zu begrüßen, daß für Deutschland keine endgültige Zustimmung zu irgendeiner Luftfahrtskonvention in Frage kommen kann, wenn nicht die Fesseln der deutschen Luftfahrt beseitigt werden.

Nichts könnte in diesem schmerzlichen Kampfe um die deutschen Luftrechte erwünschter sein als eine einheitliche feste Organisation des deutschen Luftverkehrs, die technisch und sachplanmäßig unter dem Gesichtspunkte des größten Ruhestills und des Verkehrsbedürfnisses kraft zusammengelagerter, unter Ausschaltung eines ungeordneten Wettbewerbs die vielen rassistisch vorwärtstreibenden Kräfte im deutschen Luftwesen zu Höchstleistungen vereinigt. Das war auch das Ziel des Reichsluftamtes, als es im Herbst des vergangenen Jahres die Fusion der deutschen Luftverkehrsgesellschaften gebot. Es konnte dieses Nachwort ansprechen, da jeder Luftverkehr von staatlicher Subvention abhängig ist, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß der im Verhältnis zu allen anderen Bän-

## Underthalb Millionen Arbeitslose!

Der Stand vom 1. Januar.

Berlin, 12. Jan. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. v. M. bis zum 1. Januar 1923 von 1 060 397 auf 1 485 931 gestiegen. Die Zahl der unterstützten männlichen Erwerbslosen beträgt 1 325 032, die Zahl der weiblichen 160 879. Die Steigerung gegenüber der Zahl vom 15. Dezember 1922 beträgt etwas über 40 Prozent.

**Gerüchte über eine neue Beamtenbefoldung.**

Berlin, 12. Jan. In Kreisen der Beamtenschaft sind heutzutage Nachrichten über die Neuordnung der Beamtenschaft im Umlauf, nach der u. a. die gesamte Beamtenschaft in Berufsgruppen aus einandergerissen werden soll. Von zuständiger Seite wird demgegenüber auf die Reichstagsrede des Reichsministers vom 5. Dezember hingewiesen, in der dieser ausführte, daß Pläne erwogen würden, die Zahl der Beamtenschaftsklassen zu vermehren. Der Reichsminister hielt eine solche Abänderung für wünschenswert, da es dadurch möglich sei, die Gehaltsverhältnisse den Ämtern bedürfnissen viel mehr als bisher anzupassen. Darüber hinaus ist an zuständiger Stelle von einer Neuordnung der Beamtenschaft nichts bekannt.

**Der Gesamtschaden im Rheinlande.**

Koblenz, 12. Januar. Ueber die der Landwirtschaft des Hochwassergebietes entstandenen Schäden erfährt der Sonderberichterstatter der II. im Rheinland von unterrichteter Seite folgende Einzelheiten:

Eine endgültige Feststellung des der Landwirtschaft entstandenen Schadens ist namentlich am Niederrhein noch nicht möglich, da das Wasser noch auf den Weiden, wenn auch hinter den Deichen steht, wo große Ueberflutungen entstanden sind. Im ganzen dürften am Niederrhein etwa 450 000 Hektar Landes überflutet sein. Allein im Land-

freie Gese wird man mit 200 000 Hektar eher zu niedrig als zu hoch greifen. Zwei Fünftel dieses Landes sind als Acker zu bewerten, von denen ein Drittel schon die Winterfaat empfangen hat. Diese ist selbstverständlich völlig verloren. Dort, wo das Wasser länger als acht Tage auf der Weide stand, ist wahrscheinlich auch das Gras ertrikt und muß völlig neu gepflanzt werden.

Der Gesamtschaden wird von Sachverständigen auf etwa fünfzehn Millionen für die Landwirtschaft ohne den Weinbau angegeben, und zwar sind dabei die Schäden an den Deichen und Wegen nicht einbezogen. Auch liegen noch keinerlei Schätzungen für die durch Versandung entstandenen Schäden vor.

Der diesmalige Schaden und die Erfahrungen mit dem mehrmaligen Hochwasser werden eine weitgehende Wertverminderung des Grundbesitzes mit sich bringen. Die Entschädigungen müssen in erster Linie zum Neukauf von Vieh, für Beschaffung der Saat und Wiederinstandsetzung der Bauten benötigt werden. In erster Linie wird man Unterstützungsmittel vom Staat, also von Preußen, erwarten müssen. Sie sollten, schon um spätere Schwierigkeiten zu vermeiden, nach Auffassung der Sachverständigen bei der schweren Not der Bevölkerung als Unterstützung und nicht als Darlehen gegeben werden. Zudem erwartet man in landwirtschaftlichen Kreisen erhebliche Steuererleichterungen. Für die Grundsteuer wird eine neue Bewertung auf Grund der Wertminderung durch Hochwasser notwendig sein. Die Einkommensteuer wird für das laufende Jahr wegen des Einnahmeausfalles somies ertraglos bleiben. Notwendig erscheint den Sachverständigen ein Erlass der Umlagesteuer, da diese in den geschädigten Gebieten, selbst wenn sie noch eingetrieben werden sollte, keinen nennenswerten Ertrag liefern kann. (II.)

Speyer, 12. Jan. Der Präsident der Oberpostdirektion Speyer, Dr. B., wurde, wie die „Pfälz Rundschau“ berichtet, zum Vorsitzenden des Ausschusses der neuerrichteten Versorgungsausschuss der Deutschen Reichspost ernannt, die ihren Sitz in Dresden hat.